



100 % SOZIAL

Kommunalwahl Programm

2018

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE. setzt sich für den sozialen Ausgleich ein. Bundesweit fordern wir die armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung. Alle müssen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können!

Auf kommunaler Ebene kann viel für mehr soziale Gerechtigkeit getan werden: Kostenfreie Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs, öffentliche Aufträge und Förderungen nur für Betriebe, die Tariflohn beziehungsweise einen Lohn von mindestens € 12 brutto pro Stunde zahlen, keine sachgrundlosen Befristungen bei Arbeitsverträgen in den Einrichtungen des Kreises, keine Zwangsumzüge und Sanktionen durch das Jobcenter.

Auf den kommenden Seiten beschreiben wir, wie wir die Politik im Kreis bewegen und verändern wollen.

Für jedes Kind gute Bildung und Betreuung von Anfang an

Krippen- und Kindergartenplätze sind bedarfsgerecht auszubauen.

Die hohe finanzielle Belastung für Eltern nehmen wir nicht hin.
Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Unser Ziel bleibt die kostenfreie Krippe und Kita, für die wir auf allen politischen Ebenen kämpfen werden. Das gilt auch für die Kindertagespflege.

Gleiche Chancen in der Schule

Wir fordern gleiche Bildungschancen für alle. Schule darf kein Kind zurücklassen und hat sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken.

Die Schulen benötigen ein attraktives Ganztagesangebot, das von Hausaufgaben entlastet und auch die musischen, künstlerischen, politischen und sportlichen Fähigkeiten entwickelt und fördert.

Weitere Schulschließungen lehnen wir ab.

Wir schlagen einen kommunalen Schulmittelfonds vor, der Familien mit wenig Geld beim Kauf von Schulsachen und der Finanzierung von Klassenfahrten unterstützt.

So klappt die „Freie Schulwahl“: Wir wollen, dass der Öffentliche Nahverkehr zwischen Schule und Zuhause ab sofort kostenfrei ist.

Schwimmen ist gesund und rettet Leben! Alle Grundschulen im Kreisgebiet sollen baldmöglichst wieder einen Schwimmkurs anbieten können.

Jung sein im Kreis Plön

Wir wollen mehr Jugendzentren und Treffpunkte, ausreichend finanziert, mit erweiterten Öffnungszeiten und einem Freizeitangebot, das die Jugendlichen anspricht. Die Jugendlichen sollen diese Einrichtungen selbst verwalten. Alle Kultur- und Freizeitangebote des Kreises und der Kommunen müssen für Jugendliche kostenfrei sein.

Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen erweitern. Jugendbeiräte und Jugendparlamente sind im Kreis und in den Kommunen einzurichten.

Alle Schulen brauchen ausreichend Lehrkräfte und eine moderne technische Ausstattung.

Mehr gute qualifizierte Ausbildungsplätze mit tariflicher Bezahlung sind notwendig. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Betriebe gehen, die diese anbieten.

Junge Menschen müssen mobil sein können. Deshalb fordern wir für alle in Schule, Ausbildung und Studium, dass sie den Öffentlichen Nahverkehr im Kreis sofort kostenlos nutzen dürfen. Mit dem ÖPNV müssen Ausbildungsplätze und Berufsschulen gut erreichbar sein. Die Fahrpläne sind dahingehend schnellstens anzupassen.

Öffentlicher Nahverkehr braucht Mobilitätswende

In vielen Dörfern hält nur noch der Schulbus, in den Ferien sind sie abgeschnitten.

Mit dem Bus zur Arbeits-, Ausbildungsstelle oder Berufsschule heißt oft aufstehen zu nachtschlafender Zeit und im Zickzack-Kurs zum Ziel. Das ist zeitaufwendig und unbequem und es grenzt aus: Wer keinen Führerschein und kein Auto hat, ist in der Wahl seiner Ausbildungs- und Arbeitsstelle eingeschränkt. Auch in der Freizeit, denn „ohne“ kommt er/ sie nicht ins Kino, zur Party, zum Arzt, zum Fußballtraining oder VHS-Yogakurs.

Wer wenig Geld hat oder kein eigenes Einkommen, soll den öffentlichen Nahverkehr kostenfrei nutzen können: Freifahrtschein für alle u18, alle in Studium und Ausbildung und alle, die Grundsicherung erhalten.

Unser Ziel bleibt der kostenfreie Öffentliche Nahverkehr für alle!

Alle machen mit – Inklusion jetzt!

Alle Menschen haben das Recht auf selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Freie, unabhängige Lebensplanung ist ein Menschenrecht!

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) unterzeichnet. Wesentliches Ziel der UN-BRK ist umfassende Barrierefreiheit. In öffentlichen Gebäuden, Schulen, Einrichtungen und Beratungsstellen. Im öffentlichen Nahverkehr, auf öffentlichen Wegen und Plätzen.

Die Konvention gilt im gesamten Gebiet der Bundesrepublik, auch der Kreis Plön muss sie umsetzen. Wir wollen, dass dies im Einzelnen jetzt zügig geschieht und nicht erst zum Ablauf der Fristen, oder gar Fristverlängerungen in Erwägung gezogen werden.

Öffentliche Versammlungen dürfen nur noch an barrierefreien Orten stattfinden und wir werden uns dafür einsetzen, dass auch Gastronomie und andere Begegnungsstätten Barrierefreiheit zeitnah umsetzen können. Wenn solche Betriebe in Barrierefreiheit investieren, soll das gefördert werden.

Dokumente, Formulare und Broschüren der Verwaltungen und aller Beratungsstellen sind zügig barrierefrei bereitzustellen – etwa in leichter Sprache, auch als PDF-Download, damit man sie sich am PC vorlesen lassen kann.

Flächendeckend werden Beratungsstellen gemäß Bundes-Teilhabe-Gesetz eingerichtet. Menschen mit Behinderung sollen dort unabhängige Beratung bekommen. DIE LINKE legt dabei Wert auf Peer-to-Peer Counseling - Menschen mit Behinderung beraten Menschen mit Behinderung. Die Beratungsstellen brauchen eine gute Ausstattung und müssen auskömmlich finanziert werden, damit sie ihrer Aufgabe auch tatsächlich nachkommen können.

Betriebe mit barrierefreien Arbeitsplätzen sind bei der Vergabe von Aufträgen besonders zu berücksichtigen.

Kreis und Kommunen brauchen Inklusionsbeauftragte – eine Stelle beim Kreis in Vollzeit (teilbar), bei den Ämtern und amtsfreien Städten hauptamtlich und in angemessener Stundenzahl.

Vom Kreis ist künftig jährlich eine qualifizierte Berichterstattung zum Thema Inklusion vorzulegen.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen – barrierefrei

Unser Kreis braucht entschieden mehr bezahlbaren Wohnraum. Kreis und Kommunen sollen dafür eigene Wohnungsbaugenossenschaften gründen und für den Bau vorrangig kommunale Flächen nutzen. Mindestens 30 Prozent sind als Sozialwohnungen einzuplanen. Alle Wohnungen sind barrierefrei zu gestalten.

Gesundheit und Pflege sind öffentliche Aufgaben

Die Wege zu einer guten Gesundheitsversorgung sind vielerorts mühsam. In kleinen Dörfern und Gemeinden gibt es kaum noch Landarztpraxen, Praxen für Physio-, Ergo-, Logopädie oder eine Hebamme. Die wohnortnahe medizinische Grundversorgung ist aber Bedingung für Wohn- und Lebensqualität. Auch auf dem Dorf.

DIE LINKE befürwortet Konzepte Mobiler Praxen, dezentraler Zweigpraxen und kommunaler Gesundheitszentren mit eigenem medizinischem Personal. Die Räumlichkeiten sollen auch für Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen zur Verfügung stehen.

Pflege wollen wir gerecht, solidarisch, menschenwürdig. Menschen sollen ohne finanzielle Nöte entscheiden können, ob sie von Angehörigen oder von Fachkräften pflegerisch versorgt werden. Pflegende Angehörige sind zu entlasten und besser zu unterstützen. Wir wollen mehr Mitsprache der Betroffenen.

Wir wollen das ambulante Pflegeangebot ausbauen, auch kommunal.

Wir befürworten alternative Wohnformen für Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf und wollen diese ausdrücklich fördern.

Palliativmedizin und gute pflegerische Versorgung können vielen auch die letzte Zeit noch lebenswert machen. Die Versorgung mit Hospizen, Palliativstationen und ambulanter Palliativversorgung ist auszubauen.

Weitere Privatisierungen und Ausgründungen bei den Pflege- und Gesundheitsdiensten des Kreises Plön lehnen wir ab.

Die Heimaufsicht soll jährlich qualifiziert Bericht erstatten.

Soziale Sicherheit statt Armut

Auf Bundesebene fordern wir die Abschaffung von Hartz IV und stattdessen eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Bis zu deren Einführung werden wir uns für Projekte einsetzen, die für die Betroffenen gangbare Wege aus Hartz IV aufzeigen.

Wir fordern, die Sanktionen bei Hartz IV im Kreis abzuschaffen und die Praxis der Zwangsumzüge sofort zu beenden. In Streitfällen soll künftig eine unabhängige Schlichtungsstelle vermitteln.

Die Mietobergrenzen sind jährlich anzupassen. Es darf durch die jahrelangen Versäumnisse im sozialen Wohnungsbau nicht zu einer Verdrängung von Menschen mit wenig Geld kommen.

Keine menschenunwürdigen Strom- und Gassperren mehr!

Ein Sozialpass soll kostenfreien Eintritt in Museen, Schwimmbäder, Büchereien und Kultureinrichtungen des Kreises ermöglichen.

Frauenrechte stärken - Gleichstellung durchsetzen

Frau ist noch immer politisch, sozial und ökonomisch benachteiligt. DIE LINKE. tritt aktiv für Frauenrechte und Gleichstellung ein und macht sich für die paritätische Besetzung aller politischen Gremien stark.

Die Arbeit von Initiativen, Beratungsstellen und Projekten, die sich mit frauen- und gleichstellungspolitischer Bildungsarbeit befassen, muss stärker unterstützt und gefördert werden.

Wir befürworten Gender Budgeting, damit Frauen und Männer gleichermaßen von kommunalen Haushaltsmitteln profitieren.

Der Ausbau und die bedarfsgerechte personelle und finanzielle Ausstattung von Frauenhäusern sind unbedingt notwendig.

Menschen mit geringem Einkommen sollen die Kosten für Verhütungsmittel erstattet bekommen.

Bunter Kreis Plön

Wir begrüßen alle Initiativen und Projekte, die sich für ein buntes, multikulturelles, tolerantes Miteinander einsetzen und für Respekt und

Akzeptanz der verschiedenen Lebensentwürfe werben. Diese wollen wir stärker fördern.

Öffentliches Eigentum bleibt öffentliches Eigentum

Noch besitzt der Kreis Plön Eigenbetriebe, wie etwa die „Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen Kreis Plön“ (mit Klinik Preetz, Rettungsdienst und Alten- und Pflegeheim Haus am Kloostergarten in Preetz), die „Abfallwirtschaft Kreis Plön“ und die „Verkehrsbetriebe Kreis Plön“. Aber alle wurden bereits in private Gesellschaftsformen übergeleitet und könnten jederzeit verkauft werden. Im Nachbarkreis Ostholstein kann man gut beobachten, was passiert, wenn man ein Krankenhaus an einen großen Klinikbetreiber verschachert.

DIE LINKE lehnt die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ab! Die Eigenbetriebe müssen im Besitz des Kreises bleiben – dauerhaft und vollständig!

Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben – etwa Sanierung von Schulgebäuden – lehnen wir ab. Solche Finanzierungsmodelle rechnen sich nur für die Geldgeber. Kreis und Kommunen - letztlich also wir Steuerzahler*innen - zahlen dabei immer drauf.

Mehr Mitsprache schafft mehr Transparenz

Wir wollen weittragende politische Fragestellungen künftig durch „Bürgerentscheid“ klären lassen.

Beteiligungsmöglichkeiten in Kreistag und Ausschüssen sind zu erweitern. Zu jedem öffentlichen Themenblock müssen Einwohner*innen Fragen stellen können. Fragen und Antworten sind zu veröffentlichen.

Der frauenpolitische Beirat des Kreises muss umfassendes Mitsprache- und Vetorecht in allen kreispolitischen Belangen und Fragestellungen erhalten.

Wir wollen Beiräte für die Themenfelder Jugend, Inklusion, Integration und den Bereich Gesundheit und Pflege einrichten.

Gute nachhaltige Arbeit hat Zukunft

Unternehmen, die Tariflöhne zahlen, gute Arbeitsbedingungen bieten, nachhaltig wirtschaften und ihre Gewerbesteuer vor Ort entrichten, sind uns willkommen. Sie schaffen sichere Arbeitsplätze und stärken die Einnahmen des Kreises und der Kommunen. Solche Unternehmen wollen wir öffentlich fördern. Billiglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind für uns Ausschlusskriterien.

Der digitale Wandel führt zu großen Veränderungen in der Arbeitswelt. Politik und Gesellschaft müssen diese Herausforderung annehmen. Das geht nur im Dialog miteinander. Dafür fordern wir die Einrichtung einer Dialogplattform zwischen Kreis und Kommunen und gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden und Initiativen.

Wirtschaftsansiedelungen wollen wir sozial- und umweltfreundlich planen und dabei die Verträglichkeit von Gewerbe- und Wohngebieten beachten. Ein ausgewogener Mix von Industrie, Landwirtschaft, Tourismus, Handel, Logistik und Dienstleistungen ist zu berücksichtigen. Wenn es einem Betrieb oder einer Branche schlecht geht, müssen Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit haben, in anderen Betrieben der Region neue Arbeit zu finden.

Wir wollen kommunale Zusammenarbeit und Kooperation bei der Ausweisung von Gewerbeflächen und keine unsinnige Konkurrenz!

Straßenbauumlage abschaffen

Der Ausbau von Gemeinde- und Kreisstraßen ist eine kommunale Aufgabe. Die Kosten dürfen nicht auf die Anlieger abgewälzt werden. Das führt zu untragbaren Belastungen für die Betroffenen und zu langwierigen und teuren rechtlichen Auseinandersetzungen. Wir fordern die Abschaffung der Straßenbauumlage.

Kein Fracking im Kreis Plön

Fracking hat unabsehbare Folgen und Risiken für Mensch und Umwelt, insbesondere für unser Trink- und Grundwasser. Beim Fracking können Chemikalien wie Quecksilber, Benzol und radioaktive Isotope an die Oberfläche gelangen. Ihre Entsorgung ist unfallträchtig und ungeklärt. Das

Verpressen von Lagerstättenwasser kann seismische Aktivitäten (Erdbeben) auslösen. Die Bohrschlämme sind kontaminiert, ihre Entsorgung ist schwierig und sehr, sehr teuer.

Schließlich weist das Fracking im Vergleich zu Erdgas aus konventionellen Lagerstätten eine bedenkliche Klimabilanz auf.

DIE LINKE. fordert ein Fracking-Verbot im Kreis Plön und bundesweit!

Mehr Geld für Kreis und Kommunen

Die Politik der letzten Jahrzehnte mit CDU, FDP, SPD, SSW und Grünen in Regierungsverantwortung hat dem Land Schleswig-Holstein mindestens 7,5 Milliarden Euro Verluste durch die „Rettung“ der HSH-Nordbank hinterlassen. Steuergelder, die man Zockern in den Rachen geworfen hat. Bei 15 Kreisen im Land wären das 500 Millionen Euro pro Kreishaushalt gewesen. Wie viel Sinnvolles hätte man damit für die Menschen auf den Weg bringen können!

Die neue Bundesregierung wird jetzt die deutschen Militärausgaben beinahe verdoppeln. 2017 waren es 37 Milliarden Euro oder 1,24% des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Nun stehen 2% des BIP im Raum. Das wären 60 Milliarden Euro - 60.000.000.000 Euro für Kriegsgerät, während die Bevölkerung auf dem Land dem Bus hinterherschaut, die Gesundheitsversorgung immer schlechter wird, Gemeinden Barrierefreiheit nicht finanzieren können und Eltern für ihre Kleinsten keine Betreuung finden!

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kreis und Kommunen von Bund und Land mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie vor Ort in die Zukunft investieren können. Die Verschwendung von Geldern für unsinnige Maßnahmen muss ein Ende haben. Politik muss solidarisch und sozial gestaltet werden.

Das geht nur mit einer starken LINKEN, auch im Plöner Kreistag und den Kommunen!

**Geben Sie uns am 6. Mai Ihre Stimme
für einen sozialen Aufbruch im Kreis Plön!**